

SYMPATHIE FÜR ITALIENISCHSPRACHIGE MINDERHEIT

Ständerat stimmt Postulat für Quote im Bundesrat beinahe zu



Ist seit 1999 im Bundesrat nicht mehr vertreten: die italienische Schweiz. (Bild: Keystone/Karl Mathis)

Der Ständerat hat mit hauchdünner Mehrheit ein Postulat von Raphaël Comte (Neuenburg, fdp.) abgelehnt, mit dem eine angemessene Vertretung der italienischsprachigen Schweiz im Bundesrat hätte geprüft werden müssen.

Von Ronny Nicolussi, Bern

Dass Bundesrätin Simonetta Sommaruga italienisch spricht, kommt selten vor. Dass sie es am Mittwoch im Ständerat tat, hatte mit dem Anliegen des Neuenburger Ständerats Raphaël Comte zu tun. Dieser forderte den Bundesrat unter anderem auf zu prüfen, wie eine Vertretung der italienischsprachigen Minderheit im Bundesrat besser gewährleistet werden kann. Comte zeigte sich überzeugt, dass es dem nationalen Zusammenhalt schade, wenn die italienische Schweiz im Bundesrat nicht vertreten sei.

Dem pflichteten auch die beiden Tessiner Vertreter, Fabio Abate (fdp.) und Filippo Lombardi (cvp.) bei, die den Vorstoss mitunterzeichnet hatten. «Mit diesem Postulat haben wir eine gute Gelegenheit, den Gesundheitszustand der nationalen Kohäsion zu beurteilen», sagte Abate. Die italienische Schweiz ist seit dem Rücktritt des Tessiner Bundesrats Flavio Cotti im Jahr 1999 nicht mehr in der Landesregierung vertreten, was in Bundesratswahlen in den letzten Jahren regelmässig Anlass zu Diskussionen gab.

Bessere Beziehungen zu Italien

Sodann wiederholten die beiden Tessiner Ständeräte die bekannten Argumente, die ihrer Meinung nach für eine ständige Vertretung der italienischen Schweiz im Bundesrat sprechen: die Andersartigkeit, die nicht nur sprachlich, sondern auch kulturell bedingt ist, und eine andere Weltanschauung, «die jedoch auch Teil der Schweiz ist», wie Lombardi in seiner emotionalen Intervention betonte. Schützenhilfe leistete auch der Waadtländer Ständerat der Grünen, Luc Recordon, der die Zahl der Bundesräte von sieben auf neun erhöhen will. Er zeigte sich überzeugt, dass die Beziehungen zum Nachbarland Italien mit einem ständigen italienischsprachigen Bundesrat verbessert werden könnten.

Die Argumente stiessen im Stöckli auf fruchtbaren Boden. Um ein Haar hätte der Rat das Postulat entgegen dem Antrag des Bundesrats überwiesen. Ständeratspräsident Hans Altherr (Appenzell Ausserrrho-

den/fdp.) zeigte sich bei der Verkündung des Abstimmungsresultats erleichtert, dass ihm ein Stichtentcheid erspart blieb. Mit 19:18 Stimmen wurde das Postulat abgelehnt.

Aufgabe der Bundesversammlung

Offenbar gelang es Justizministerin Simonetta Sommaruga, die Mehrheit im Ständerat davon zu überzeugen, dass die Bundesverfassung bereits heute eine angemessene Vertretung der Landesgegenden und Sprachregionen im Bundesrat vorschreibt. In ihrer Stellungnahme, die sie mit den Worten begann: «Per una volta faccio un intervento in italiano – o per lo meno comincio in italiano», erinnerte sie daran, dass es die Aufgabe der Bundesversammlung sei, die Verfassung einzuhalten. «Diese Aufgabe können Sie nicht an den Bundesrat delegieren, auch nicht indem sie den Bundesrat beauftrage, einen Bericht zu schreiben.»

Der Bericht, den Ständerat Comte vom Bundesrat verlangt hatte, hätte einerseits zeigen sollen, welche Wirkungen die Aufhebung der Kantonsklausel auf die Vertretung der Landesgegenden und der sprachlichen Minderheiten im Bundesrat hatte. Andererseits hätte der Bundesrat prüfen sollen, ob ein dauerhafter Anspruch der italienischen Schweiz und die Einführung einer Regionenklausel möglich und sinnvoll wären. Bundesrätin Sommaruga bestätigte die Möglichkeit einer Sitzgarantie für die italienische Schweiz, gab jedoch zu bedenken, dass dadurch die Auswahlmöglichkeit in Bundesratswahlen eingeschränkt würde.

NZZ Online

2. März 2012, 06:01

«AUSGERECHNET ENGLER UND SCHMID»

Bündner Ständeräte verhindern Annahme von Minderheiten-Postulat



Die Bündner Ständeräte Stefan Engler (cvp.) und Martin Schmid (fdp.) am Tag ihrer Wahl im Studio der Radiotelevisiun Svizra Rumantscha. (Bild: Keystone/Arno Balzarini)

Dass nicht geprüft werden muss, wie die sprachlichen Minderheiten im Bundesrat besser vertreten werden könnten, liegt auch an den Bündner Ständeräten. Mit ihrer Zustimmung wäre ein entsprechendes Postulat angenommen worden. Doch beide enthielten sich.

Von Ronny Nicolussi, Bern

Die Ständeräte Stefan Engler (cvp.) und Martin Schmid (fdp.) sind auf das Thema Minderheiten sensibilisiert. Als ehemalige Regierungsräte im Kanton Graubünden ist ihnen der Umgang mit italienisch und rätoromanisch sprechenden Schweizern bestens vertraut. Umso erstaunlicher ist ihr Verhalten bei der Abstimmung über ein Postulat, mit dem der Neuenburger FDP-Ständerat Raphaël Comte vom Bundesrat Antworten verlangte, wie die von der Bundesverfassung vorgegebene angemessene Vertretung der sprachlichen Minderheiten in der Regierung besser gewährleistet werden könnte. Die italienische Schweiz ist seit dem Rücktritt Flavio Cottis 1999 nicht mehr im Bundesrat vertreten.

Der Ständerat hatte das Postulat am Mittwoch mit 19:18 Stimmen abgelehnt. Wie sich im Nachhinein herausstellte, hätten die beiden Bündner dem Anliegen, das eher symbolischen Charakter gehabt hätte, zum Durchbruch verhelfen können. Doch sowohl Engler als auch Schmid enthielten sich ihrer Stimme.

Unterstützung von Bündner erwartet

Parlamentarier aus den Kantonen Tessin und Graubünden zeigen sich darüber irritiert. Die italienischsprachige Bündner SP-Nationalrätin Silva Semadeni bedauert den Entscheid, wie sie auf Anfrage von NZZ Online sagt. «Ich hätte erwartet, dass Bündner Standesvertreter ein solches Postulat unterstützen würden.» Der rätoromanisch sprechende CVP-Nationalrat Martin Candinas wollte die Haltung der Bündner Ständeräte nicht kommentieren, zeigte sich jedoch ebenfalls erstaunt. Für den Tessiner FDP-Nationalrat Ignazio Cassis, der sich immer wieder für die italienische Sprache und Kultur stark macht, zeigt die Ablehnung des Ständerats eine fehlende Sensibilität für Minderheiten. «Dass ausgerechnet die Bündner Ständeräte Engler und Schmid das Postulat nicht unterstützen wollten, stimmt mich nachdenklich», sagt er.

Engler und Schmid begründen auf Anfrage ihre Enthaltung damit, dass sie zwar Verständnis für die Anliegen der italienischen Schweiz haben, im Postulat Comtes jedoch nicht den richtigen Weg sahen. «Letztlich hinderte mich ein politökonomischer Grund, dem Vorstoss zuzustimmen», sagt der ehemalige Bündner Baudirektor Engler, «Als Exekutivpolitiker habe ich genügend Erfahrungen mit Postulaten gesammelt, wegen denen Berichte produziert wurden, die am Ende in einer Schublade landeten.»

Für den Tessiner FDP-Ständerat Fabio Abate wäre die Annahme der Motion hingegen ein Schritt mit Signalwirkung gewesen, der praktisch nichts gekostet hätte und für den Zusammenhalt des Landes von Bedeutung gewesen wäre. Ständerat Schmid sagt dazu nur, er mache keine Politik «für die Kulisse».

Chance dank SVP-Initiative

Für die italienischsprachigen Politiker ist die ablehnende Haltung des Ständerats enttäuschend, aber noch lange kein Grund, ihre Bestrebungen einzustellen. CVP-Ständerat Filippo Lombardi sagt, die Tessiner Parlamentsdelegation habe bereits vor Monaten diskutiert, eine Volksinitiative zu lancieren, mit der eine ständige Vertretung der italienischen Schweiz im Bundesrat gefordert würde. Sie habe sich vorerst jedoch entschieden, auf die Behandlung der SVP-Initiative zur Volkswahl des Bundesrats zu warten. «Wir werden versuchen im Rahmen eines Gegenvorschlags, eine ständige Vertretung der italienischen Schweiz im Bundesrat zu fordern», so Lombardi. Um diesem Ziel näher zu kommen, soll die Zahl der Sitze im Bundesrat von sieben auf neun erhöht werden. Diese Forderung deckt sich mit einer Motion der Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr, die im Parlament noch nicht behandelt worden ist.

Silva Semadeni wünscht sich bereits bei sieben Bundesratssitzen eine sprachliche Aufteilung der Regierung nach dem Muster: 4:2:1. Gleichzeitig räumt sie aber ein: «Ob ich einer fixen Quote zustimmen würde, kann ich heute noch nicht sagen.» Auf jeden Fall gegen einen Quotenplatz für die italienische Schweiz in der Regierung würden sich die Bündner Ständeräte Engler und Schmid aussprechen. Beide finden, dass dadurch die Wahlmöglichkeit der Bundesversammlung zu stark eingeschränkt würde. «Bei der Wahl in den Bundesrat sollten in erster Linie fachliche Kompetenzen entscheidend sein, bevor es darum geht, welche Sprachregion jemand vertritt», findet Schmid.

Italianità im Bundeshaus

Für Cassis zeugt diese Haltung von einem mangelnden Verständnis für die Vielfalt der Schweiz. Er wird nun versuchen, die Bestrebungen für eine bessere Vertretung der sprachlichen Minderheiten im Bundesrat in die parlamentarische Gruppe Italianità einzubringen, die sich am nächsten Mittwoch zur konstituierenden Sitzung treffen wird. Neben der Tessiner Parlamentsdelegation stehe die Gruppe unter dem Co-Präsidium von Cassis und Semadeni auch sämtlichen Parlamentariern offen, die italienisch verstünden und denen Begriffe wie Willensnation und nationaler Zusammenhalt wichtig seien, erklärt der Tessiner Nationalrat. Bis heute hätten sich bereits über 30 Parlamentarier eingeschrieben – unter ihnen auch Ständerat Schmid.

RSI Radiotelevisione Svizzera

Mercoledì 29 febbraio, 11:08

Un Governo senza italiano

La rappresentanza delle minoranze non va ridiscussa



Raphael Comte (a sinistra), con Alain Berset, l'ultimo eletto in Consiglio federale (keystone)

La recente elezione di Alain Berset, a scapito fra gli altri di Marina Carobbio, ha riportato alla ribalta il problema della presenza italoфона in Consiglio federale, azzerata dal 1999, quando si dimise Flavio Cotti.

Voto di misura

Il Governo la scorsa settimana aveva risposto negativamente a un postulato in proposito del liberale-radical neocastellano Raphael Comte e oggi il Consiglio degli Stati ha seguito il suo parere, anche se soltanto con 19 voti contro 18. L'Esecutivo non dovrà dunque studiare un nuovo progetto che garantisca

un'equa rappresentanza di tutte le minoranze, già sancita dalla Costituzione, ma non in termini tanto precisi. Spetterà ancora al Parlamento rispettarla, scegliendo di volta in volta i nuovi ministri.

Non piace la soluzione con nove ministri

Nel corso del dibattito Filippo Lombardi (PPD) ha ricordato le sconfitte subite dai candidati ticinesi nell'ultima dozzina di anni, mentre il verde Luc Recordon ne ha approfittato per suggerire una soluzione con nove consiglieri federali (sei di lingua tedesca, due romandi e un italofono), che non ha convinto la maggioranza. Tutte le possibilità sono già state esplorate, ha affermato dal canto suo Simonetta Sommaruga.

Swissinfo

29.2.2012

CST: BOCCIATO POSTULATO SU RAPPRESENTANZA ITALOFONA IN GOVERNO

Il Consiglio federale non dovrà studiare le opzioni per garantire una rappresentanza equa delle minoranze linguistiche, e italoфона in particolare, in governo. Con 19 voti contro 18, il Consiglio degli Stati ha respinto oggi un postulato in tal senso di Raphaël Comte (PLR/NE).

Se i francofoni sono sempre ben rappresentati, lo stesso non si può dire degli italoфoni. Dal 1999, ovvero dalla partenza di Flavio Cotti e dalla soppressione della clausola cantonale, che impediva l'elezione di due consiglieri federali del medesimo cantone, la Svizzera italiana è assente dal governo, ha rilevato Filippo Lombardi.

La maggioranza non è però stata sensibile a questi argomenti, ma ha seguito il parere del Consiglio federale. Tutte le riflessioni possibili sulla composizione del governo sono state fatte, ha assicurato la ministra della giustizia Simonetta Sommaruga iniziando il suo intervento in italiano.

Non è con una nuova analisi sulle conseguenze dell'abrogazione della clausola cantonale, come chiedeva il Postulato Comte, che si cambierebbe la situazione. Tocca invece all'Assemblea federale provvedere a mantenere un equilibrio tra le varie minoranze culturali e linguistiche anche in futuro. Secondo il governo, sarebbe possibile, ma non opportuno sancire nella Costituzione il diritto a un seggio agli italoфoni, perlomeno con la sua composizione attuale.

sda-ats

Corriere del Ticino

29.3.2012

NIENTE ITALOFONI IN GOVERNO

La Camera Alta dice no alla rappresentanza equa delle minoranze linguistiche



Flavio Cotti è stato l'ultimo consigliere federale ticinese (foto Keystone)

BERNA - Il Consiglio federale non dovrà studiare le opzioni per garantire una rappresentanza equa delle minoranze linguistiche in Governo, a partire dalla Svizzera italiana. Lo ha deciso, a stretta maggioranza, il Consiglio degli Stati, che ha respinto il postulato del liberale **Raphaël Comte**.

"Dal 1999, ovvero dalla partenza di Flavio Cotti e dalla soppressione della clausola cantonale, che impediva l'elezione di due consiglieri federali del medesimo cantone, la Svizzera italiana è assente dal governo" ha ricordato il senatore PPD **Filippo Lombardi**. A suo avviso, la rappresentanza italoфона non è soltanto una questione di minoranza, ma di lingua, cultura e visione del mondo, nonché di componente che arricchisce la Confederazione.

La maggioranza dei senatori non è però stata sensibile a questi argomenti e ha seguito il parere del Consiglio federale. "Tutte le riflessioni possibili sulla composizione del governo sono state fatte" ha assicurato la ministra della giustizia **Simonetta Sommaruga**. Tocca semmai all'Assemblea federale provvedere a mantenere un equilibrio tra le varie minoranze culturali e linguistiche anche in futuro. Secondo il governo, sarebbe possibile, ma non opportuno sancire nella Costituzione il diritto a un seggio agli italoфoni, perlomeno con la sua composizione attuale.

24 Heures / Tribune de Genève 29.2.2012

Les italophones devront encore se battre pour leur représentation

CONSEIL FÉDÉRAL

Par 19 voix contre 18, le Conseil des États a refusé un postulat de Raphaël Comte (PLR/NE) proposant d'étudier les moyens de mieux assurer une représentation équitable des régions du pays et des langues au sein du Conseil fédéral.



Depuis 1999, la Suisse italienne ne siège plus au gouvernement, a relevé Filippo Lombardi (PDC/TI). Image: Keystone

La dernière élection au **Conseil fédéral**, qui a vu le couronnement du Fribourgeois **Alain Berset**, a posé une nouvelle fois la question de la représentation des régions et des minorités linguistiques, a rappelé le Neuchâtelois. Si les francophones ont toujours été bien représentés, ce n'est pas le cas des italophones.

Depuis 1999, date de la suppression de la clause empêchant l'élection de deux conseillers fédéraux du même canton et du départ de Flavio Cotti, la Suisse italienne ne siège plus au gouvernement, a ajouté Filippo Lombardi (PDC/TI).

Pour lui, la représentation italophone n'est pas une question de minorité, mais de culture, de langue, de vision du monde, de composante enrichissant la Confédération. Luc Recordon (Verts/VD) a profité de l'occasion pour plaider en faveur d'un Conseil fédéral à neuf membres, comprenant six alémaniques, deux francophones et un italophone.

Au Parlement d'agir

La majorité n'a pas été sensible à ses arguments. Toutes les réflexions au sujet de la composition du gouvernement ont été faites, a assuré la ministre de la justice **Simonetta Sommaruga**. Même avec un nouveau rapport, le Conseil fédéral ne libérera pas le Parlement de ses devoirs.

Le gouvernement s'en remet donc au Parlement pour assurer une représentation équitable des minorités linguistiques et des régions en son sein. Il n'estime pas judicieux de garantir dans la constitution un siège aux italophones.

(ats/Newsnet)

24 Heures

Minorités

Uli Windisch en appelle à un plurilinguisme actif

Par Marion Moussadek . Mis à jour le 01.03.2012 [6 Commentaires](#)

Suite au rejet de deux objets parlementaires linguistiques, le sociologue donne un avis catégorique. Les Romands doivent apprendre mieux les langues. Et il faudrait un Tessinois au Conseil fédéral.



Le sociologue Uli Windisch, qui dirige le Master communications et médias à l'UNIGE, estime qu'aucun des deux objets parlementaires liés aux langues dans notre pays, n'était nécessaire. Image: /Keystone

Il s'en est fallu de peu pour que le **Conseil des Etats** n'accepte mercredi le postulat du PLR neuchâtois **Raphaël Comte**. Par 19 voix contre 18, l'objet soumis pour une représentation plus équitable des régions et des langues, a été rejeté. Cette question hante régulièrement notre pays aux minorités linguistiques. C'est le cas d'**Antonio Hodgers** qui fait des pieds et des mains pour obtenir gain de cause en la matière. La veille, son initiative parlementaire visant à contraindre nos voisins alémaniques à parler le

Hochdeutsch dans les hautes sphères de l'Etat a, elle, été clairement rejetée au **Conseil national** par 116 voix contre 46.

Le point avec Uli Windisch, sociologue, directeur du Master communication et médias à l'Université de Genève.

Que vous inspire le rejet de l'initiative parlementaire du Vert genevois Antonio Hodgers qui souhaitait imposer le *HochDeutsch* dans les hautes sphères de l'Etat?

C'est une vieille rengaine arrogante. Exiger des Suisses alémaniques qu'ils parlent le *HochDeutsch*, c'est comme exiger d'eux qu'ils parlent une langue étrangère. L'époque où les Suisses allemands étaient condescendants est révolue. Il faut désormais la réciprocité.

Quelle est la solution pour sortir de ce que vous appelez «cette vieille rengaine»?

Les Romands doivent aller au-delà de leur statut de plaignant et entreprendre d'apprendre mieux les langues. Plus on est minoritaire, plus on doit connaître de langues. J'appelle à un plurilinguisme actif. D'ailleurs, pour moi, les monolingues - tous pays confondus- sont les analphabètes d'aujourd'hui!

Que pensez-vous de la meilleure représentativité des langues et des régions au Conseil fédéral prônée par le libéral-radical neuchâtelois Raphaël Comte, rejetée elle aussi? Depuis 1999, aucun Tessinois n'est plus au gouvernement...

Pourtant, ce postulat n'est pas nécessaire. L'équilibre est quasi automatique. Nul besoin de garantir cela législativement parlant. En revanche, il faudrait un Tessinois au Conseil fédéral, oui. Il faut être attentif aux mouvements réactifs tessinois qui se développent et qu'on néglige. Mais il ne faut pas légiférer. Sinon, ce sera la spirale infernale. Quid alors des écoles alémaniques de Sierre ou de Sion? Faudrait-t-il les fermer?

(Newsnet)